»Die Blockade Gazas muss aufgehoben werden«

Interview mit **Pierre Krähenbühl**, Generalkommissar des Hilfswerks für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA), über das Ausmaß der Schäden des jüngsten Gaza-Kriegs und die Verantwortlichkeiten dafür, über Prioritäten beim Wiederaufbau, einen notwendigen Paradigmenwechsel und mangelndes Engagement Europas für eine langfristige Lösung des Nahost-Konflikts.

Frage: Der dritte Gaza-Krieg innerhalb von sechs Jahren diesen Sommer hat mehr als 1500 Palästinensern und 71 Israelis das Leben gekostet. 110 000 Menschen wurden obdachlos, 20 000 Wohnungen zerstört und 60 000 beschädigt. Was sagen Sie zu dieser bitteren Bilanz?

Pierre Krähenbühl: Auf der menschlichen Ebene ist das sehr dramatisch, das sind 1500 Tote, über 500 davon Kinder und 300 Frauen. Das erinnert einen daran, dass es bei Kriegen nicht um Landkarten oder um Briefings von Militärexperten geht, sondern um menschliches Leid. Und da waren wir aus nächster Nähe Zeugen. Elf Kollegen von UNRWA kamen in 50 Tagen während des Krieges ums Leben. Das habe ich in den 25 Jahren, in denen ich im humanitären Bereich tätig bin, noch nie gesehen. Wie Sie betonen, sind viele Hauseinheiten zerstört worden. 30 000 Personen sind immer noch in unseren Schulen untergebracht, von denen einige zu Notunterkünften umfunktioniert wurden – während des Krieges waren es 300 000. Und es gibt noch viele Palästinenser, die in kein Haus zurückkehren können. Die Waffen stehen zwar momentan still, aber für viele Menschen ist eine Lösung noch nicht gefunden worden. Die Herausforderungen im humanitären Bereich sind weiterhin überwältigend.

Auf der Geberkonferenz am 12. Oktober 2014 in Kairo wurden für den Wiederaufbau des Gaza-Streifens bis zu fünf Milliarden US-Dollar an Unterstützung versprochen. Schätzungen zufolge werden aber etwa sieben Milliarden gebraucht. Woher kommt der Rest und wann wird das Geld zur Verfügung stehen?

Das ist der zentrale Punkt. Wir haben natürlich oft die Erfahrung gemacht, dass diese Versprechen gemacht werden, aber dann muss es in effektives Geld umgesetzt werden. Das ist nun auch die Arbeit auf unserer Seite: Ich reise um die Welt, um diese Bestätigungen zu erhalten. Wir müssen wissen, wann dieses Geld kommt und wie viel es für die palästinensische Regierung gibt und wie viel für UNRWA und andere Teile des UN-Systems. Der Winter kommt, da ist nicht viel Zeit, um mit dem Wiederaufbau zu beginnen. Und die Frustration wächst. Lange Zeit war die Bevölkerung in einem Schockzustand. Doch jetzt erwarten die Menschen konkrete Resultate. Wir können es uns nicht erlauben, so viel Zeit zu verschwenden. Daher ist der Druck auf die Geldgeber sehr groß, ihre Versprechen zu erfüllen.

UN-Foto: Mark Garten

Was sind ihre Prioritäten für den Wiederaufbau?

Die Prioritätenliste sieht folgendermaßen aus: Zunächst ist es wichtig, dass wir weiterhin humanitäre Hilfe leisten können – gerade für Familien, die sich in unseren Schulen befinden oder bei anderen Familien aufgenommen wurden, weil ihre eigenen Häuser zerstört wurden. Dort braucht es Nahrungsmittel, hygienisches Material, medizinische Unterstützung und anderes. Das ist die Soforthilfe. Die zweite Priorität ist, dass mehr und mehr Familien in ihre Häuser zurückkehren können, die nur teilweise zerstört wurden. Wir werden sie finanziell unterstützen, um ihnen diese Reparaturen zu ermöglichen. Die dritte Priorität ist der komplette Wiederaufbau von 20 000 Wohneinheiten, die gänzlich zerstört wurden. 110 000 Personen sind zurzeit obdachlos. Dafür brauchen wir das Geld und das Baumaterial. Es wird momentan ein Mechanismus zwischen Palästinensern und Israelis verhandelt …

… damit das Baumaterial nicht in die Hände der Hamas fällt?

Das ist die eine Sorge auf israelischer Seite. Im Allgemeinen darf es nicht vorkommen, dass Baumaterial in die falschen Hände kommt oder dass es für etwas anderes gebraucht wird. Das habe ich vor Kurzem mit den Israelis diskutiert. Sie bestätigen, dass nie Baumaterial von UNRWA für die Tunnels

Pierre Krähenbühl und UNRWA

Der 1966 geborene Schweizer Pierre Krähenbühl ist seit dem 30. März 2014 Generalkommissar des 1949 gegründeten Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East – UNRWA). Im Rang eines Untergeneralsekretärs ist er für rund fünf Millionen palästinensische Flüchtlinge sowie 31 800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den fünf Standorten Gaza-Streifen, Jordanien, Libanon, Syrien und Westjordanland zuständig. Seit über 25 Jahren ist der studierte Politikwissenschaftler in den Bereichen humanitäre Hilfe, Menschenrechte und Entwicklung tätig. Zuletzt war er von 2002 bis Januar 2014 ›Director for Operations‹ beim Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) in Genf.

eingesetzt wurde. Es ist durchaus möglich, Baumaterial nach Gaza zu bringen, ohne dass es in die falschen Hände kommt. Aber dafür braucht es auch einen Zugang. Wie wir aus nächster Nähe in den letzten Jahren erfahren mussten, war es auf israelischer Seite sehr kompliziert, und es gab viele Einschränkungen für unsere früheren Projekte. Wir haben viele Projekte von vor diesem Krieg, die nicht genehmigt wurden beziehungsweise die lange brauchten, um eine Genehmigung zu erhalten. Also das muss viel schneller gehen, sonst werden wir Jahre für diesen Wiederaufbau brauchen.

Wie viele Jahre?

Sollten wir zum gleichen System wie vor diesem Krieg zurückkommen, dann bräuchten wir wohl fünfzehn bis achtzehn Jahre, um Gaza wieder aufzubauen. Und das wäre ohne einen weiteren Krieg, während dieser ganzen Zeit.

Im Verlauf des jüngsten Krieges wurden viele UNRWA-Einrichtungen beschädigt oder zerstört. Sie fordern, dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Wie soll das gehen?

Da gibt es verschiedene Möglichkeiten. Auf Seiten des Völkerrechts liegt die erste Verantwortung bei Israel. In sieben Fällen wurden UNRWA-Schulen von israelischen Geschossen getroffen, und in drei dieser Fälle kamen Zivilpersonen – Frauen und Kinder – ums Leben oder wurden schwer verletzt. Da muss es auf israelischer Seite zu Untersuchungen kommen. Die Verantwortlichen müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Momentan findet das auf israelischer Seite statt. Ich kann mich dazu nicht äußern, weil ich die Ergebnisse dieser Untersuchung noch nicht kenne. Aber es ist wichtig, dass sie stattfindet.

»Es muss auf israelischer Seite zu Untersuchungen kommen.«

Dann hat auf internationaler Ebene der UN-Generalsekretär eine Untersuchungskommission eingerichtet (board of inquiry).[1] Sie wird untersuchen, was in diesen Fällen passiert ist, warum UN-Personal ums Leben kam oder verletzt wurde. Und dann waren da noch die drei Fälle, wo Waffenteile in unseren Schulen gefunden wurden. Wir haben selbst Untersuchungen durchgeführt und die Welt direkt und sehr transparent darüber informiert. Wir haben dies auch verurteilt. All diese Fälle werden nun von der Untersuchungskommission untersucht werden.

Das bezieht sich nur auf UNRWA?

Ja. Aber es gibt noch eine Untersuchungskommission, die vom UN-Menschenrechtsrat beauftragt wurde, alle Zwischenfälle des Krieges zu untersuchen.[2] Das geht dann weit über die UN-Fragen hinaus.

Was erwarten Sie von der neu gegründeten Regierung der Nationalen Einheit in Bezug auf die Kooperation mit UNRWA? Vor dem wachsenden Einfluss der Hamas im Westjordanland haben sie bereits gewarnt.

Was ich sagen kann, ist, dass die Zusammenarbeit mit dieser Regierung momentan sehr gut funktioniert. Wir haben für die Vorbereitung der Kairo-Konferenz eng zusammengearbeitet. Es war wichtig, die Bedarfsanalysen gemeinsam durchzuführen und ein gemeinsames Dokument auf der Konferenz zu präsentieren. Dies wurde auch von den dort vertretenen Geldgebern der verschiedenen Staaten anerkannt. Wir hoffen, dass die Zusammenarbeit mit der Regierung beim Wiederaufbau weitergeführt wird. Wir sind in Gaza direkt zuständig für die Flüchtlingsfamilien aus den Jahren 1948 und 1967, das sind 70 Prozent der Bevölkerung in Gaza. Für die restlichen 30 Prozent der Bevölkerung ist die Regierung zuständig. Da braucht es die Zusammenarbeit. Drei Wochen nach Ende des Krieges haben wir für die Eröffnung des Schuljahrs eng mit dem zuständigen Ministerium zusammengearbeitet. Es gibt Schulen der Regierung und Schulen von UNRWA. Ich bin also, was die Zusammenarbeit betrifft, zufrieden.

Mit der Hamas direkt werden Sie nicht zusammenarbeiten, oder?

Es gibt Kontakte, weil die Hamas lange Zeit direkt für Sicherheitsfragen und anderes zuständig war. Es gibt 12 500 UNRWA-Angestellte in Gaza, da kommt es natürlich oft zu Sicherheitsfragen. Darüber muss man dann diskutieren können. Diese technischen Diskussionen haben sicher stattgefunden. Mit der neuen Regierung gibt es jetzt natürlich andere Ansprechpartner.

Langfristig möchten Sie einen Paradigmenwechsel erreichen. Was genau meinen Sie damit?

In Gaza leben 1,8 Millionen Menschen seit Jahren unter sehr schwierigen Bedingungen, auch wegen der israelischen Blockade. 65 Prozent der Jugendlichen sind arbeitslos. Die allgemeine Arbeitslosigkeit liegt bei rund 45 Prozent. Daher muss UNRWA momentan mehr als 860 000 Personen regelmäßig mit Nahrungsmitteln unterstützen. Das ist fünfmal die Bevölkerung meiner Heimatstadt Genf. Das sind Personen, die durchaus fähig wären, selbstständig zu sein; die nicht von unserer Nahrungsmittel-Unterstützung abhängig sein wollen. Sie sind es aber, weil es keine Arbeitsplätze gibt. Es gibt keine Arbeitsplätze, weil aus Gaza seit Jahren nichts mehr importiert oder exportiert werden kann.

Also muss die Blockade aufgehoben werden?

Genau. Das ist der Paradigmenwechsel. Was Gaza betrifft, ist die Aufhebung der Blockade die zentrale Sache. Sie ist auch für die regionale Stabilität und

Sicherheit wichtig, auch für Israel. Die Mehrheit der Bevölkerung in Gaza, das sind alle unter 25 Jahren, hat noch nie einen Israeli getroffen. Die Lebenswelten sind inzwischen durch die Blockade, durch die Mauer und anderes, so getrennt, dass das sicher keine Grundlage für das künftige Nebeneinander oder das Zusammenleben in der Region ist. Das muss auch besser verstanden werden.

Wenn diese Generation von Israelis und Palästinensern einander nicht kennt, droht sie dann nicht, weiter radikalisiert zu werden? Welche Anreize kann UNRWA bieten, damit es nicht dazu kommt?

Der Beitrag zur Nichtradikalisierung ist mit unseren Hauptaktivitäten verbunden, das heißt, mit dem Bereich Unterricht und Erziehung. Insgesamt gehen im ganzen Nahen Osten 500 000 Schülerinnen und Schüler in UNRWA-Schulen. Davon entfallen 240 000 auf Gaza, von denen 50 Prozent Jungen und 50 Prozent Mädchen sind. Das ist eine bemerkenswerte Errungenschaft, wenn man bedenkt, dass die Hamas im Gaza-Streifen lange Zeit an der Macht war.

Solange die Kinder in der Schule sind, denken sie an andere Dinge als an Radikalisierung. Doch was passiert, wenn sie die Schule verlassen und es keine Arbeit gibt? Ein Unternehmer aus dem Gaza-Streifen hat mir vor einigen Monaten erzählt, dass er ein guter Mensch sei, seine Kinder seien dies jedoch nicht im selben Maße. Daraufhin fragte ich nach, was er damit meine, und er antwortete, dass er lange mit Israelis zusammengearbeitet und auch von ihnen gelernt habe. Natürlich gibt es gewisse Punkte, in denen man sich nicht einig sei, doch die Sorgen und Probleme der Israelis seien auch nachvollziehbar, so der Unternehmer. Seine Kinder können dies nicht nachvollziehen, da sie keine Israelis kennen, sie kennen nur Drohnen und Panzer, Angst und Zerstörung. Hier stellt sich wieder die zentrale Frage, wie bringt man solche Gemeinschaften zusammen und wie fördert man den Kontakt? Hier sind unsere Möglichkeiten begrenzt.

Was ist ihrer Meinung nach nötig, um den seit 1948 anhaltenden Konflikt nachhaltig zu lösen? Was erhoffen Sie sich zum einen von den Konfliktparteien und zum anderen von den Vereinten Nationen?

Ich erwarte von den Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen mehr Engagement, und das beginnt in Europa. Besonders in den politischen Kreisen merke ich, wie skeptisch man generell einer Lösung des Nahost-Konflikts gegenübersteht. Meiner Ansicht nach können wir uns diese Skepsis gar nicht leisten. Denken sie an 1946/47, als die Idee einer europäischen Institution aufkam, die uns heute die längste Friedensperiode in Europa ermöglicht. Wie skeptisch müssen Deutsche und Franzosen damals gewesen sein? Auch hier waren jene, die an diese Idee glaubten, nicht die Mehrheit.

Deshalb ist es notwendig, in neuen Bahnen zu denken und sich weiterhin zu engagieren, gerade weil die Situation so schwierig ist. Dazu braucht es eine neue europäische Überzeugung, die darauf fußt, dass man wieder zu einem strukturierten politischen Prozess kommen kann; dass man sich nicht einfach damit abfindet, dass es alle zwei Jahre zu einem Konflikt in Gaza kommt und völkerrechtswidrige Siedlungen gebaut werden. Hier muss neu angesetzt werden. Natürlich sind die Sicherheitsbedenken Israels im Allgemeinen nachvollziehbar und müssen in diesen Prozess eingebunden werden, aber den Ausgangspunkt sollte ein strukturiertes internationales Engagement bilden, dass den Konfliktparteien Mut und Kraft gibt, ihre eigene Situation neu zu betrachten.

Sind die Erwartungen in Europa nicht genau umgekehrt? Die Europäer warten auf einen Impuls von den Konfliktparteien.

Es ist richtig, das sich auch die Israelis und Palästinenser engagieren müssen; das sehen wir genauso. Aber wie lange soll denn noch gewartet werden? In der gegenwärtigen Situation halte ich diese Position für unzureichend. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Betrachtung von UNRWA: Einerseits wird deutlich, was im Bereich der Flüchtlingshilfe erreicht werden kann; anderseits zeigt sich, wenn eine Situation nicht politisch gelöst wird, dann benötigt man UNRWA 65 Jahre und länger. Das war sicherlich nicht die ursprüngliche Intention bei der Gründung des Flüchtlingshilfswerks. Außerdem sollte nicht davon ausgegangen werden, dass UNRWA nochmals 65 Jahre aktiv ist. Das Hilfswerk kann zwar Fragen humanitärer und entwicklungspolitischer Art lösen, aber für eine nachhaltige Konfliktlösung müssen die politischen Fragen energischer angegangen werden.

»Wenn eine Situation nicht politisch gelöst wird, dann benötigt man UNRWA 65 Jahre und länger.«

Hierfür reicht es nicht aus, die Lage vor Ort aus der Ferne zu betrachten, auch nicht aus europäischer Perspektive. Was wir gerade erleben, ist, dass eine wachsende Zahl von Menschen die Region und besonders den Gaza-Streifen, aber auch Syrien, in Richtung Europa verlassen. Anschließend werden Diskussionen geführt, wie man mit diesen Menschen umgehen soll. Dies kann zumindest im Fall des Ga-

1 Secretary-General Launches Inquiry Board to Examine Deaths, Injuries at United Nations Premises During 50-Day Gaza War, UN Press Release SG/SM/16324 v. 10.11.2014.

2 UN Rights Council Appoints Members of Commission to Investigate Purported Gaza Violations, UN News, 11.8.2014.

Ein Palästinenser sucht nach brauchbaren Gegenständen in den Trümmern seines Wohnhauses, das während eines israelischen Angriffs auf den nördlichen Teil des Gaza-Streifens zerstört wurde (7. August 2014). UN-Foto: Shareef Sarhan

za-Streifens noch verhindert werden. Hierzu benötigt es aber verstärktes Engagement, die Aufhebung der Blockade, neue Dynamiken in wirtschaftlichen Fragen und die Wiederaufnahme des politischen Prozesses – davon bin überzeugt.

Welche Rolle können die Vereinten Nationen als Organisation spielen, der Generalsekretär, die Generalversammlung, der Sicherheitsrat, die Sondergesandten oder das Nahost-Quartett? Wäre hier nicht eine verstärkte Koordinierungsarbeit, unter anderem durch den Generalsekretär, zu erbringen, um etwa eine internationale Friedenskonferenz abzuhalten?

Der Generalsekretär war während des Gaza-Kriegs zweimal vor Ort. Die Lage hat ihn sehr betroffen gemacht. Er hat das Ausmaß der Zerstörung gesehen und dem Sicherheitsrat eindringlich davon berichtet. Dabei betonte er erneut, dass die Zeit für die Lösung des Konflikts jetzt gekommen sei und die grundlegenden Fragen, wie die der Blockade und Besatzung, angegangen werden müssen. Der Vorschlag, der von den UN vertreten wird, ist die Zwei-Staaten-Lösung.

Wir wissen aber auch, dass die Fähigkeit der Vereinten Nationen zu handeln, sehr vom Willen der Mitgliedstaaten abhängt. Dies ist ein entscheidender Punkt. Der amerikanische Außenminister John Kerry hat sich beispielweise neun Monate lang sehr bereit gezeigt, sich mit den Konfliktparteien zu arrangieren. Ich persönlich finde auch die Perspektive von anderen Mitgliedstaaten, die sich vermehrt in den Prozess einbringen könnten, lohnenswert. In diesem Bereich endet jedoch die Zuständigkeit von UNRWA, denn unser Mandat umfasst humanitäre und Entwicklungsfragen, nicht aber den Bereich der politischen Lösung des Konflikts. Für uns als UNRWA wird jedoch sehr deutlich, was es heißt, wenn politische Fragen nicht gelöst werden. Hier erleben wir die schwerwiegenden humanitären Folgen aus nächster Nähe mit.

Wann würden Sie von einem Erfolg für sich und für UNRWA sprechen, wenn sich Ihre Amtszeit dem Ende zuneigt?

Ich sehe jetzt schon sehr große Erfolge, wenn man bedenkt, dass wir seit 65 Jahren nicht nur humanitäre Hilfsgüter verteilen, sondern auch zur Weiterbildung von Millionen von Palästinensern, über mehrere Generationen hinweg, beigetragen haben. Viele von ihnen sind heute beruflich tätig, zum Teil auch in anderen Ländern oder bei UNRWA. Das sind natürlich wichtige Bestandteile eines zukünftigen palästinensischen Staates, die eines Tages genutzt werden können. Dies ist allerdings nur ein möglicher Erfolgsmaßstab. Im Bereich der Flüchtlingshilfe ist die wesentliche Frage eine andere: Wir reden hier von fünf Millionen Menschen, für die wir zuständig sind. Das entspricht etwa der Bevölkerungszahl von Norwegen oder Singapur. Für sie ist es entscheidend, ob es zu einer gerechten und endgültigen Lösung des Konflikts zwischen Israelis und Palästinensern kommt. Bis dies geschieht, werden wir uns weiterhin bei der Erfüllung unseres Mandats sehr engagiert zeigen.

Wann würden Sie in Bezug auf die Folgen des zurückliegenden Gaza-Kriegs von Erfolg sprechen?

Diese Folgen gilt es natürlich, schnellstmöglich zu beheben. Allerdings besteht das Risiko, solange es keine politische Lösung des Konflikts gibt, dass sich der Zyklus von Zerstörung und Wiederaufbau weiter fortsetzt und wir uns in zwei oder vier Jahren in der gleichen Situation wiederfinden. Auch der Generalsekretär betont, dass man so nicht weitermachen könne. Zudem ist dies auch für viele Geberländer eine entscheidende Frage. Problematisch ist hierbei, wenn sich Staaten finanziell, aber nicht politisch engagieren, denn dann kann dieser Zyklus nicht durchbrochen werden.

Für die nächste Zeit wird es ein Erfolg für uns sein, wenn die Menschen wieder in ihre Häuser, die natürlich erst wieder aufgebaut werden müssen, zurückkehren können und ein gewisses Maß an Alltag erfahren. Langfristig erwartet die Bevölkerung im Gaza-Streifen jedoch viel mehr.

Das Telefoninterview fand am 7. November 2014 statt. Die Fragen stellte Anja Papenfuß, Chefredakteurin der Zeitschrift Vereinte Nationen.